

## **„Jährlich 30 Milliarden Euro“ – Die enormen Kosten für Steuerzahler durch Erneuerbare**

Welt, 11.04.2024, Karsten Seibel, Philipp Vetter

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus250969828/EEG-Umlage-Jaehrlich-30-Milliarden-Euro-Die-Kosten-fuer-Steuerzahler-durch-Erneuerbare-explodieren.html?cid=email.crm.lc.eg.wp.nl.nl.em.wirtschaft.5770330>

Bis 2022 zahlten Stromkunden über die EEG-Umlage die Förderung von Solar- und Windkraftanlagen, inzwischen springt der Steuerzahler ein. Doch Wirtschaftsminister Habeck hat viel zu wenig Geld eingeplant. Und Fragen zur Finanzierung bleiben erst einmal offen.

Kostete eine Kilowattstunde Strom im Spätsommer 2022 an der Börse noch 60 Cent, gibt es sie nun wieder für 6 Cent. Darüber können sich alle Kunden freuen, Steuerzahler aber nicht.

Das liegt an den großzügigen Preisgarantien, die sich die Politik schon vor Jahren zur Förderung von Ökostromanlagen ausgedacht hat. Vereinfacht gesagt, gilt für Solaranlagen, Windräder und auch Biogasanlagen: Je günstiger der Strom an der Börse ist, desto mehr Subventionen müssen hinzukommen, damit die Betreiber der Anlagen auf ihre staatlich zugesicherten Einnahmen kommen.

Die Zahlungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) reißen in diesem Jahr ein gewaltiges Loch in den Bundeshaushalt. Bereits in den ersten drei Monaten addieren sich die Auszahlungen an die Ökostrom-Erzeuger auf 4,3 Milliarden Euro, wie aktuelle Zahlen der Netzbetreiber zeigen. Das sind schon jetzt 2,5 Milliarden Euro mehr als im ersten Quartal des Vorjahres.

Damit ist klarer denn je, dass die 10,6 Milliarden Euro, die vom Bund bislang für das Gesamtjahr vorgesehen waren, bei weitem nicht reichen werden. Damit gibt es neben dem Streit um zusätzliche Verteidigungsausgaben und Steuersenkungen einen weiteren milliardenschweren Konfliktstoff für die Ampel-Koalition, der in den kommenden Monaten gelöst werden muss.

Wie groß die zu schließende Lücke am Ende sein wird, hängt entscheidend von der weiteren Entwicklung des Strompreises ab. Schon im Januar hatten die vier großen Übertragungsnetzbetreiber Tennet, Amprion, 50Hertz und TransnetBW eine Lücke von knapp acht Milliarden Euro für 2024 prognostiziert – statt gut zehn Milliarden Euro sollten es nun gut 18 Milliarden Euro werden. Die Treuhänder des EEG-Kontos verrechnen die Einnahmen aus dem Verkauf des Stroms an der Börse mit der EEG-Förderung, die sie an die einzelnen Anlagenbetreiber auszahlen.

Der von den Netzbetreibern genannte zusätzliche Finanzbedarf muss mittlerweile als Untergrenze angesehen werden. Denn die Entwicklung des ersten Quartals 2024 ähnelt jener des ersten Quartals 2021, also dem Jahr vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine und der rasant steigenden Energiepreise. Damals addierten sich die Auszahlungen bis Jahresende auf insgesamt 21 Milliarden Euro. Dem standen damals wie heute geringe Erlöse der Netzbetreiber durch den Weiterverkauf des Ökostroms gegenüber.

Bis 2022 zahlte jeder Stromkunde die Preisgarantien direkt über die EEG-Umlage. Diese wurde dann auf dem Höhepunkt der Energiekrise zur Schonung der Verbraucher gestrichen.

Dies konnte die Ampel-Regierung damals gut machen, wies das EEG-Konto doch ein sattes Plus aus. Doch der Überschuss ist weg, seit diesem Jahr muss der Bund Geld direkt zuschießen, damit die Förderzusagen erfüllt werden können. Statt von jedem einzelnen Kunden über die Stromrechnung, kommen die Mittel nun aus dem Klima- und Transformationsfonds, der in erster Linie von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) verwaltet wird.

Wie groß die Lücke bis Jahresende sein könnte, dazu will sich Habeck bislang nicht äußern. Auch bei seinem Auftritt im Energieausschuss des Bundestages am Mittwoch beantwortete er die Frage nach den Kosten nach Teilnehmerangaben nicht. Stattdessen habe der Minister lediglich darauf verwiesen, dass man sich auf dem geplanten Ausbaupfade bei der Solarenergie befinde, also nicht deutlich mehr neue Photovoltaik-Anlagen gefördert würden als bislang vorgesehen.

Im aktuellen Bericht zum Klima- und Transformationsfonds (KTF), aus dem die EEG-Differenz nun bezahlt werden muss, ist lediglich davon die Rede, dass sich aktuell „bereits erhebliche Mehrausgaben“ abzeichneten – also Mehrausgaben über die eingeplanten 10,6 Milliarden Euro hinaus.

Das Problem ist, dass diese Mehrausgaben bei unveränderten Strompreisen nicht nur für das Jahr 2024 anfallen werden. „Es ist davon auszugehen, dass die Förderkosten erst ab dem Jahr 2030 deutlich zurückgehen“, sagt der Ökonom Andreas Fischer, der sich beim Institut der deutschen Wirtschaft mit Energie- und Klimapolitik beschäftigt.

Das liegt daran, dass die Solarenergie in den Jahren 2009 bis 2012 stark ausgebaut wurde und die Fördersätze damals noch sehr üppig ausfielen. Für Anlagen wurden Abnahmepreise von 30 bis 40 Cent je Kilowattstunde garantiert – und das für die nächsten 20 Jahre.

Der energiepolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, Michael Kruse, fordert von Habeck eine schnelle Änderung der Förderprogramme für neue Solaranlagen, um noch höhere Zahlungen in Zukunft zu verhindern. „Die Kosten für Habecks Blindflug beim Erneuerbaren-Ausbau laufen vollkommen aus dem Ruder“, sagte Kruse WELT.

Der Rekordverlust des EEG-Kontos im ersten Quartal zeige, dass die Erneuerbaren-Förderung so nicht weitergehen könne. Es gebe keinen Grund mehr, große Teile des Energiesystems stark zu subventionieren, weil schon heute mehr als die Hälfte des Stroms aus erneuerbaren Quellen komme.

„Stattdessen braucht es schnellstmöglich einen Ausstiegsplan, der die teuren Subventionen, insbesondere bei der Solarenergie, beendet“, forderte Kruse. „Als erster Schritt sollte Solarstrom für neue Anlagen nicht mehr vergütet werden, wenn am Markt die Strompreise negativ sind.“

Der FDP-Politiker glaubt, dass das den Bau von Batterien anreizen würde, weil der Strom dann gespeichert und erst dann verkauft werden könne, wenn der Preis nicht

mehr negativ sei. „Aktuell schießt er immer mittags ins Netz und ist immer häufiger zu viel“, so Kruse. „Ergreifen wir diese Maßnahmen nicht, dürften **die Erneuerbaren den Steuerzahler bald jährlich 30 Milliarden Euro kosten.**“

Das Geld im KTF wird dafür kaum reichen – es sei denn Habeck verzichtet auf andere kostspielige Subventionen zur Unterstützung der Energiewende.